



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**



17710/13

(OR. en)

PRESSE 571

PR CO 67

MITTEILUNG AN DIE PRESSE

3282. Tagung des Rates

Verkehr, Telekommunikation und Energie

Brüssel, 12. Dezember 2013

Präsident **Jaroslav Neverovič**
Minister für Energie
(Litauen)

P R E S S E

Wichtigste Ergebnisse der Ratstagung

Energiebinnenmarkt

Der Rat billigte einen Bericht des Rates über die Fortschritte bei der Vollendung des EU-Energiebinnenmarkts als Folgemaßnahme zur Tagung des Europäischen Rates vom 22. Mai 2013.

Externe Dimension der EU-Energiepolitik

Der Rat billigte einen Bericht des Rates über die Überprüfung der Entwicklungen in der externen Dimension der EU-Energiepolitik als Folgemaßnahme zur Tagung des Europäischen Rates vom 22. Mai 2013.

Indirekte Landnutzungsänderungen

Der Rat prüfte einen Kompromisstext des Vorsitzes zum Entwurf einer Richtlinie über indirekte Landnutzungsänderungen, mit der die Richtlinien über die Kraftstoffqualität und über erneuerbare Energien geändert werden sollen. Allerdings war es aufgrund einiger noch offenen Fragen zu diesem Zeitpunkt nicht möglich, eine politische Einigung zu erzielen. Die Vorbereitungsgremien des Rates wurden daher aufgefordert, die Arbeiten zu dem Vorschlag im Hinblick auf eine künftige politische Einigung fortzusetzen.

INHALT¹

TEILNEHMER	4
 ERÖRTERTE PUNKTE	
Indirekte Landnutzungsänderungen	6
Energiebinnenmarkt	6
Externe Dimension der EU-Energiepolitik	7
Sonstiges	9
Mitteilung von Investitionsvorhaben für Energieinfrastruktur	9
Arbeitsprogramm des künftigen Vorsitzes	9
Jüngste Entwicklungen im Bereich der Kernenergie	9
 SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE	
 <i>HANDELSPOLITIK</i>	
– Antidumpingmaßnahmen	10

¹

- Sofern Erklärungen, Schlussfolgerungen oder Entschlüsse vom Rat förmlich angenommen wurden, ist dies in der Überschrift des jeweiligen Punktes angegeben und der Text in Anführungszeichen gesetzt.
- Dokumente, bei denen die Dokumentennummer im Text angegeben ist, können auf der Website des Rates <http://www.consilium.europa.eu> eingesehen werden.
- Rechtsakte, zu denen der Öffentlichkeit zugängliche Erklärungen für das Ratsprotokoll vorliegen, sind durch * gekennzeichnet; diese Erklärungen können auf der genannten Website des Rates abgerufen werden oder sind beim Pressedienst erhältlich.

TEILNEHMER

Belgien:

Melchior WATHELET

Staatssekretär für Umwelt, Energie und Mobilität, der Ministerin des Innern und der Chancengleichheit beigeordnet, und Staatssekretär für Institutionelle Reformen, dem Premierminister beigeordnet

Bulgarien:

Ivan AYOLOV

Stellvertretender Minister für Wirtschaft und Energie

Tschechische Republik:

Pavel ŠOLC

Stellvertretender Minister für Industrie und Handel

Dänemark:

Martin LIDEGAARD

Minister für Klima, Energie und Bauwesen

Deutschland:

Stefan KAPFERER

Staatssekretär, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Estland:

Clyde KULL

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Irland:

Pat RABBITTE

Minister für Kommunikation, Energie und Naturressourcen

Griechenland:

Ioannis MANIATIS

Minister für Umwelt, Energie und Klimawandel

Spanien:

José Pascual MARCO MARTINEZ

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Frankreich:

Philippe MARTIN

Minister für Ökologie, nachhaltige Entwicklung und Energie

Kroatien:

Goran ŠTEFANIĆ

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Italien:

Claudio DE VINCENTI

Staatssekretär für Wirtschaftsentwicklung

Zypern:

Maria HADJITHEODOSIOU

Stellvertreterin des Ständigen Vertreters

Lettland:

Daniels PAVĻUTS

Minister für Wirtschaft

Litauen:

Jaroslav NEVEROVIČ
Aleksandras SPRUOGIS

Minister für Energie
Stellvertretender Minister für Energie

Luxemburg:

Georges FRIDEN

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Ungarn:

Pál KOVÁCS

Staatssekretär für Klimawandel und Energie, Ministerium für nationale Entwicklung

Malta:

Konrad MIZZI

Minister für Energie und Wasserwirtschaft

Niederlande:

Henk KAMP

Minister für Wirtschaft

Österreich:

Harald GÜNTHER

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Polen:

Jerzy Witold PIETREWIC

Staatssekretär, Ministerium für Wirtschaft

Portugal:

Jorge MOREIRA DA SILVA

Minister für Umwelt, Raumplanung und Energie

Rumänien:

Constantin NITA

Minister mit Zuständigkeit für Energiefragen

Slowenien:

Samo OMERZEL

Minister für Infrastruktur und Raumordnung

Slowakei:

Tomáš MALATINSKÝ

Minister für Wirtschaft

Finnland:

Jan Vapaavuori

Minister für Wirtschaft

Schweden:

Jan Roland OLSSON

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Vereinigtes Königreich:

Edward DAVEY

Minister für Energie und Klimawandel

Kommission:

Günther OETTINGER
Connie HEDEGAARD

Mitglied
Mitglied

ERÖRTERTE PUNKTE

Indirekte Landnutzungsänderungen

Der Rat prüfte einen Kompromisstext des Vorsitzes ([16546/13](#)) zum Entwurf einer Richtlinie über indirekte Landnutzungsänderungen, mit der die Richtlinien über die Kraftstoffqualität (98/70/EG) und über erneuerbare Energien (2009/28/EG) geändert werden sollen. Allerdings war es aufgrund einiger noch offenen Fragen zu diesem Zeitpunkt nicht möglich, eine politische Einigung zu erzielen. Die Vorbereitungsgremien des Rates wurden daher aufgefordert, die Arbeiten zu dem Vorschlag mit dem Ziel fortzusetzen, in Zukunft eine politische Einigung zu ermöglichen.

Hintergrund

Mit vorgeschlagener Richtlinie soll der Übergang zu Biokraftstoffen eingeleitet werden, mit denen sich erhebliche Treibhausgasersparungen auch dann erreichen lassen, wenn die auf indirekte Landnutzungsänderungen zurückgehenden geschätzten Emissionen gemeldet werden; hierbei sollten bestehende Investitionen geschützt werden.

Die Erneuerbare-Energien-Richtlinie enthält die verbindlichen Ziele, bis 2020 in der EU einen Anteil der erneuerbaren Energien an der Deckung des Energieverbrauchs von insgesamt 20 % zu erreichen und ihren Anteil im Verkehrssektor auf 10 % zu erhöhen. Gleichzeitig wurde durch eine Änderung der Kraftstoffqualitätsrichtlinie das verbindliche Ziel eingeführt, bis 2020 die Treibhausgasintensität der im Straßenverkehr und für mobile Maschinen und Geräte eingesetzten Kraftstoffe um 6 % zu senken.

Der Rat und das Europäische Parlament hatten die Kommission bei der Annahme der Richtlinien gebeten, die negativen Auswirkungen auf die Einsparungen an Treibhausgasemissionen zu prüfen, die sich aus Landnutzungsänderungen ergeben könnten, und erforderlichenfalls einen Gesetzgebungsvorschlag vorzulegen. Der Richtlinienentwurf war von der Kommission im Oktober 2012 vorgelegt worden ([15189/12](#)).

Am 11. September 2013 gab das Europäische Parlament seine Stellungnahme in erster Lesung ab.

Energiebinnenmarkt

Der Rat billigte einen Bericht des Rates ([17755/13](#)) über die Fortschritte bei der Vollendung des EU-Energiebinnenmarkts als Folgemaßnahme zur [Tagung des Europäischen Rates vom 22. Mai 2013](#). Zudem informierte die Kommission die Minister über die Vollendung des Energiebinnenmarkts der EU.

Der Energiebinnenmarkt der Europäischen Union, der 2014 vollendet werden soll, wird einen wichtigen Beitrag des Energiebinnenmarkts zu allen drei Säulen der EU-Energiepolitik – nämlich Nachhaltigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit – und zur EU-Agenda für Beschäftigung und Wachstum leisten. Er wird ferner einen Beitrag zu den Energie- und Klimazielen der EU, zum Übergang zu einer CO₂-armen Wirtschaft, zur Untermauerung der externen Energiepolitik der Union und zur Verringerung der Abhängigkeit der Union von Drittländern leisten.

Der von den Ministern gebilligte Bericht des Rates erfasst folgende Komponenten: Vollendung des Energiebinnenmarkts und Beendigung der Isolation im Energiebereich; Sicherstellung von Investitionen; und Diversifizierung, Effizienz und Preisgestaltung im Energiebereich. Im Fazit des Berichts werden drei Hauptprioritäten genannt, die für die weiteren Anstrengungen gelten: Harmonisierung durch die Umsetzung des dritten Energiepakets; sofortiger weiterer Ausbau der Energieinfrastruktur; und wirksame Anwendung und Durchsetzung der EU-Vorschriften zu Marktintegration und Energieeffizienz sowie Streben nach gleichen Wettbewerbsbedingungen für innerhalb der EU tätige Unternehmen. Der Bericht wird dem Europäischen Parlament zugeleitet.

Der Bericht des Rates stützt sich auf Beiträge, die die Kommission und die Mitgliedstaaten geliefert haben. Dieses Thema wurde zudem auf der informellen Tagung der Energieminister vom 19./20. September 2013 in Vilnius erörtert.

Im nächsten Jahr werden Themen im Zusammenhang mit dem Energiebinnenmarkt der EU erörtert werden. Der Europäische Rat beabsichtigt, die Energiepreise und -kosten im Februar 2014 im Kontext der Beratungen über industrielle Wettbewerbsfähigkeit und Industriepolitik zu erörtern, und im März 2014 auf der Grundlage der Vorschläge der Kommission über politische Optionen für den Energie- und Klimarahmen bis 2030 zu beraten. Die Kommission wird ihren Bericht über die Fortschritte bei der Vollendung des Energiebinnenmarkts Anfang 2014 vorlegen.

Der Rat (Verkehr, Telekommunikation und Energie (Bereich Energie)) hat auf seiner Tagung vom 7. Juni 2013 Schlussfolgerungen ([9809/13](#)) zur Vollendung des Energiebinnenmarkts angenommen.

Externe Dimension der EU-Energiepolitik

Der Rat billigte einen Bericht des Rates ([17756/13](#)) über die Überprüfung der Entwicklungen in der externen Dimension der EU-Energiepolitik als Folgemaßnahme zur Tagung des Europäischen Rates vom 22. Mai 2013. Zudem wurden die Minister vom Vorsitz und der Kommission über jüngste Entwicklungen im Bereich der externen energiepolitischen Beziehungen unterrichtet.

Der Bericht der Rates erfasst die folgenden Themen: Entwicklungen in der globalen Energielandschaft seit 2011, Fortschritte und Errungenschaften der externen EU-Energiepolitik seit 2011 und weitere Stärkung und Verbesserung der externen EU-Energiepolitik. In dem Bericht wird der Kommission, dem Rat und den Mitgliedstaaten empfohlen, ihre Anstrengungen bei der Weiterentwicklung der externen EU-Energiepolitik auf der Grundlage der Schlussfolgerungen von 2011, auch in strategischer Hinsicht, fortzuführen und den in diesem Bericht ausgesprochenen Empfehlungen gebührend Rechnung zu tragen. Der Rat wird ersucht, dieses Thema vor Ende 2016 wieder aufzugreifen.

Beiträge der Mitgliedstaaten und der Kommission sind in den Bericht eingeflossen. Dieses Thema wurde zudem auf der informellen Tagung der Energieminister vom 19./20. September 2013 in Vilnius erörtert.

Auf der [Tagung des Europäischen Rates im Mai](#) wurde der Rat beauftragt, vor Ende 2013 "an seine Schlussfolgerungen vom November 2011 an[zu]knüpfen und die Entwicklungen in Bezug auf die externe Energiepolitik der EU [zu] überprüfen". Die Kommission hat im 13. September 2013 ihren Bericht "Umsetzung der Mitteilung zur Energieversorgungssicherheit und internationalen Zusammenarbeit sowie der Schlussfolgerungen des Rates 'Energie' vom November 2011" vorgelegt ([13642/13](#)). In den [Schlussfolgerungen des Rates vom November 2011](#) werden folgende Themen behandelt: engere Koordinierung der externen Dimension der EU-Energiepolitik und engere Zusammenarbeit der EU mit Drittstaaten (insbesondere multilaterale Instrumente, Infrastrukturen, Marktintegration und globale Sicherheit), Vertiefung der Energiepartnerschaften und Unterstützung der Volkswirtschaften der Entwicklungsländer.

Zudem wurde der Rat vom Vorsitz und von der Kommission über die in die Zeit des litauischen Vorsitzes fallenden oder in Kürze anstehenden Veranstaltungen und Entwicklungen im Bereich der internationalen Beziehungen unterrichtet.

Hierbei wurden u. a. folgende Themen angesprochen: das Ministertreffen der Internationalen Energieagentur (Paris, 19./20. November), das 10. Treffen des Energiedialogs EU-OPEC (Wien, 11. November), die 11. Tagung des Ministerrats der Energiegemeinschaft (Belgrad, 24. Oktober), die 24. Tagung der Energiecharter-Konferenz (Nicosia, 5.-6. Dezember), das 16. Gipfeltreffen EU-China (Beijing, 21. November) und die Energiebeziehungen EU-Russland.

Sonstiges

Mitteilung von Investitionsvorhaben für Energieinfrastruktur

Der Vorsitz informierte den Rat über die Einigung in erster Lesung mit dem Europäischen Parlament über die Verordnung des Europäischen Parlaments über die Mitteilung von Investitionsvorhaben für Energieinfrastruktur ([16392/13](#)).

Der Ausschuss der Ständigen Vertreter hat diese Einigung am 23. Oktober 2013 bestätigt. Für weitere Einzelheiten siehe [Pressemitteilung](#).

Arbeitsprogramm des künftigen Vorsitzes

Die griechische Delegation stellte das Arbeitsprogramm des künftigen Vorsitzes im Energiebereich vor ([16838/13](#)). Im dessen Mittelpunkt stehen insbesondere der Zieltermin 2014 für die Vollendung des Energiebinnenmarkts der EU, die auf 2015 angesetzte Frist, nach deren Ablauf kein Mitgliedstaat von europäischen Netz abgeschnitten sein sollte, und das internationale Klimaschutzabkommen 2015. Der griechische Vorsitz wird sich u.a. auch mit den Faktoren befassen, die die Energiepreise und -kosten bestimmen, sowie mit dem Schutz schutzbedürftiger Verbraucher, der Energiearmut und der Wettbewerbsfähigkeit des Energiesektors allgemein.

Am 15./16. Mai 2014 wird eine informelle Ministertagung stattfinden, und der Rat (Verkehr, Telekommunikation und Energie (Bereich Energie)) wird am 4. März 2014 in Brüssel und am 12. Juni 2014 in Luxemburg tagen.

Jüngste Entwicklungen im Bereich der Kernenergie

Der Rat wurde über die neuesten Entwicklungen im Bereich der Kernenergie unterrichtet ([16833/13](#)). Hierbei wurden auch Angaben zu den Stresstests gemacht, die infolge der Forderung des Europäischen Rates aus dem Jahr 2011 durchgeführt worden waren, sowie über die auf Gruppenebene erzielten Fortschritte hinsichtlich der Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 2009/71/Euratom des Rates über einen Gemeinschaftsrahmen für die nukleare Sicherheit kerntechnischer Anlagen.

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE

HANDELSPOLITIK

Antidumpingmaßnahmen

– ***Kabel und Seile aus Eisen oder Stahl –Russland***

Der Rat hob die Antidumpingmaßnahmen gegenüber den Einfuhren bestimmter Kabel und Seile aus Eisen oder Stahl mit Ursprung in der Russischen Föderation im Anschluss an eine Auslaufüberprüfung nach der Verordnung (EG) Nr. 1225/2009 ("Antidumping-Grundverordnung" der EU) auf ([16733/13](#)).

– ***Peroxosulfate (Persulfate) - China***

Der Rat führte einen endgültigen Antidumpingzoll auf die Einfuhren von Peroxosulfaten (Persulfaten) mit Ursprung in China im Anschluss an eine Auslaufüberprüfung nach der Verordnung (EG) Nr. 1225/2009 des Rates ein ([16740/13](#)).
